



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

### Gesetzentwurf der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Markus Blume, Oliver Jörg u.a. und Fraktion (CSU),

Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl,

Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und

Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann,

Katharina Schulze u.a. und

Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/2627

zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen in § 1 durchgeführt werden:

1. Im einleitenden Satz werden die Worte „Gesetz vom 24. Juni 2013 (GVBl S. 376)“ durch die Worte „§ 1 Nr. 228 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286),“ ersetzt.

2. Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Art. 2 erhält folgende Fassung:

„Art. 2

(1) <sup>1</sup>Der Hochschule für Politik obliegt die Pflege der Politikwissenschaft. <sup>2</sup>Sie dient damit der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. <sup>3</sup>Diese Aufgabe erfüllt sie mit besonderer Ausrichtung auf die Wechselwirkungen zwischen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik insbesondere durch

1. die Einrichtung von Studiengängen der Politikwissenschaft, die den Erwerb des Bachelor- und Mastergrades ermöglichen,
2. die Einrichtung von speziellen weiterbildenden Studien im Sinn des Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG,
3. anwendungsorientierte Politikberatung,

4. eigenständige wissenschaftliche Forschung,

5. Veranstaltungen zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung sowie

6. durch die Zusammenarbeit mit dem fakultätsübergreifenden Munich Center for Technology in Society der Technischen Universität.

<sup>4</sup>Die Hochschule für Politik ist darüber hinaus eine Begegnungsstätte von Politikwissenschaft und politischer Praxis. <sup>5</sup>Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wird sie unter Wahrung ihrer selbstständigen Stellung (Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2) von der Technischen Universität unterstützt und gefördert; hierzu richtet die Technische Universität nach Maßgabe der Beschlüsse ihrer Gremien eine Fakultät TUM School of Governance ein, die als korrespondierende Fakultät für die Hochschule für Politik dient. <sup>6</sup>Die Grundordnung der Technischen Universität kann bestimmen, dass die Mitglieder der Hochschule für Politik die Rechte von Mitgliedern der in Satz 5 bezeichneten Fakultät haben; in diesem Fall gilt Art. 17 Abs. 1 Sätze 3 und 4 BayHSchG sinngemäß; Art. 1 Abs. 2 Sätze 1 und 2 bleiben unberührt.

(2) <sup>1</sup>Für das Studium nach Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 gelten Art. 10 Abs. 4 sowie Art. 54 bis 63 BayHSchG sinngemäß. <sup>2</sup>Die Studienangebote sind unter Berücksichtigung von Art. 56 Abs. 4 Sätze 2 und 3 BayHSchG zu organisieren.

<sup>3</sup>Sie gelten als besonders geeignete Fortbildungen insbesondere im Sinn des Art. 66 Abs. 3 Satz 2 LbG. <sup>4</sup>Für das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, werden keine Gebühren erhoben. <sup>5</sup>Für das Studium in einem sonstigen Masterstudiengang können Gebühren erhoben werden, deren Höhe nach dem Aufwand der Hochschule für Politik und nach der Bedeutung der Leistung für die Studierenden zu bemessen ist; das Nähere regelt die Grundordnung.“

3. Nr. 3 (Änderung des Art. 4) wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender neuer Buchst. a eingefügt:

- „a) In Abs. 1 Satz 2 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt; es wird folgender Halbsatz 2 angefügt:  
„er oder sie ist Dienstvorgesetzter oder Dienstvorgesetzte der im Dienst der Hochschule für Politik stehenden wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.““
- b) Der bisherige Buchst. a wird Buchst. b und erhält folgende Fassung:  
„b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
„<sup>1</sup>Der Rektor oder die Rektorin wird auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität vom Hochschulbeirat in geheimer Wahl gewählt und vom Staatsminister oder von der Staatsministerin für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bestellt.““
- c) Es wird folgender neuer Buchst. c eingefügt:  
„c) Abs. 2 Satz 4 wird gestrichen. Der bisherige Satz 5 wird Satz 4 und erhält folgende Fassung:  
„<sup>4</sup>Der Rektor oder die Rektorin steht in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Hochschule für Politik; soweit er oder sie Professor oder Professorin an einer staatlichen Hochschule des Freistaates Bayern ist, wird er oder sie zur Wahrnehmung seiner oder ihrer Aufgaben an der Hochschule für Politik beurlaubt.““
- d) Der bisherige Buchst. b wird Buchst. d und erhält folgende Fassung:  
„d) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:  
„(3) <sup>1</sup>Im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität kann der Hochschulbeirat zulassen, dass der Rektor oder die Rektorin gleichzeitig das Amt des hauptberuflich tätigen Dekans oder der hauptberuflich tätigen Dekanin der in Art. 2 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 genannten Fakultät wahrnimmt. <sup>2</sup>Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG bleibt unberührt.““
- e) Der bisherige Buchst. c wird Buchst. e und wie folgt geändert:  
In Halbsatz 2 werden die Worte „vier und acht“ durch die Worte „drei und sechs“ ersetzt.
4. Nr. 4 erhält folgende Fassung:

- „4. Art. 5 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nr. 3 werden nach dem Wort „beschließt“ die Worte „nach Maßgabe der von der Technischen Universität zu erlassenden Prüfungsordnungen“ eingefügt.
- bb) Nr. 4 wird gestrichen; die bisherigen Nrn. 5 und 6 werden Nrn. 4 und 5.
- b) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Nr. 2 erhält folgende Fassung:  
„2. weitere, vom Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität entsandte Professoren und Professorinnen einschließlich des oder der Vorsitzenden des Senats der Technischen Universität,“
- bb) Nr. 3 erhält folgende Fassung:  
„3. gewählte Vertreter und Vertreterinnen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach Art. 8 Abs. 1 Nr. 3 und der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,“
- cc) In Nr. 5 wird das Wort „Gleichstellungsbeauftragte“ durch das Wort „Frauenbeauftragte“ ersetzt.“
5. Nr. 5 (Änderung des Art. 6) wird wie folgt geändert:
- a) Buchst. a wird wie folgt geändert:
- aa) Doppelbuchst. aa erhält folgende Fassung:  
„aa) Nr. 1 erhält folgende Fassung:  
„1. beschließt im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität Änderungen der Grundordnung,““
- bb) Nach Doppelbuchst. cc wird folgender Doppelbuchst. dd angefügt:  
„dd) In Nr. 4 werden nach dem Wort „beschließt“ die Worte „im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität“ eingefügt.“
- b) Buchst. b erhält folgende Fassung:  
„b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „zwanzig“ durch das Wort „achtzehn“ ersetzt.
- bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Nr. 1 wird das Wort „zehn“ durch das Wort „acht“ ersetzt.
- bbb) Es wird folgende neue Nr. 3 eingefügt:
- „3. ein aus dem Hochschulrat der Technischen Universität von dem oder der Vorsitzenden zu entsendendes weiteres Mitglied sowie der Kanzler oder die Kanzlerin der Technischen Universität,“
- ccc) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.
- cc) In Satz 3 wird das Wort „Gleichstellungsbeauftragte“ durch das Wort „Frauenbeauftragte“ ersetzt.“
6. Nr. 6 (Änderung des Art. 7) wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender neuer Buchst. a eingefügt:
- „a) Abs. 1 Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:
- „<sup>2</sup>Der Verwaltungsdirektor oder die Verwaltungsdirektorin leitet die Verwaltung der Hochschule für Politik und ist Beauftragter für den Haushalt im Sinn der haushaltsrechtlichen Bestimmungen; soweit die Grundordnung keine andere Regelung trifft, ist er oder sie Dienstvorgesetzter oder Dienstvorgesetzte der im Dienst der Hochschule für Politik stehenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die keine wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen sind. <sup>3</sup>Als Beauftragter für den Haushalt ist er oder sie nicht an Weisungen des Rektors oder der Rektorin gebunden.““
- b) Der bisherige Buchst. a wird Buchst. b und erhält folgende Fassung:
- „b) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:
- „(2) <sup>1</sup>Der Verwaltungsdirektor oder die Verwaltungsdirektorin übt gleichzeitig das Amt eines Geschäftsführers oder einer Geschäftsführerin der in Art. 2 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 bezeichneten Fakultät aus. <sup>2</sup>Soweit er oder sie nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zur Technischen Universität steht, ist er oder sie nach näherer Maßgabe der arbeitsrechtlichen Bestimmungen im notwendigen Umfang an die Technische Universität abzuordnen.““
- c) Der bisherige Buchst. b wird Buchst. c.
- d) Der bisherige Buchst. c wird Buchst. d und erhält folgende Fassung:
- „d) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4 und erhält folgende Fassung:
- „(4) <sup>1</sup>Der Verwaltungsdirektor oder die Verwaltungsdirektorin wird auf Vorschlag des Rektors oder der Rektorin vom Hochschulbeirat im Einvernehmen mit dem Kanzler oder der Kanzlerin der Technischen Universität bestellt. <sup>2</sup>War der Verwaltungsdirektor oder die Verwaltungsdirektorin zunächst befristet beschäftigt, kann er oder sie auf Vorschlag des Rektors oder der Rektorin im Einvernehmen mit dem Kanzler oder der Kanzlerin der Technischen Universität nach näherer Maßgabe der arbeitsrechtlichen Bestimmungen unbefristet bestellt werden. <sup>3</sup>Das Nähere regelt die Grundordnung.““
7. Nr. 7 erhält folgende Fassung:
- „7. Art. 8 erhält folgende Fassung:
- „Art. 8
- (1) Der Lehrkörper der Hochschule für Politik besteht
1. aus Professoren und Professorinnen (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BaySchPG) auf Professuren der Technischen Universität, deren Funktionsbeschreibung vorsieht, dass die Lehrverpflichtung im Umfang von zwei Lehrveranstaltungsstunden an der Technischen Universität, im Übrigen an der Hochschule für Politik zu erbringen ist,
2. aus weiteren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die Professoren und Professorinnen (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayHSchPG) an einer Universität im Geltungsbereich des BayHSchG sind oder eine vergleichbare Rechtsstellung an einer anderen Hochschule innehaben und nach näherer Maßgabe der Grundordnung zu Mitgliedern des Lehrkörpers bestellt worden sind,

3. aus wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

(2) <sup>1</sup>Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehrbeauftragte bestellt werden. <sup>2</sup>Diese stehen in einem öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnis zur Hochschule für Politik; für sie gelten Art. 31 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1, Sätze 4 und 5, Art. 31 Abs. 3 Halbsatz 1 und Art. 32 BayHSchPG sinngemäß. <sup>3</sup>Die Grundordnung kann ergänzende Regelungen treffen. <sup>4</sup>Über die Erteilung der Lehraufträge entscheidet der Rektor oder die Rektorin der Hochschule für Politik; das Nähere regelt die Grundordnung.

(3) Für die in Abs. 1 Nr. 1 genannten Professuren sowie für die auf diese Professuren berufenen Professoren und Professorinnen gelten die Bestimmungen des BayHSchG und des BayHSchPG mit folgenden Maßgaben:

1. Die Zusammensetzung des Berufungsausschusses erfolgt im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität. Den Berufungsausschuss leitet grundsätzlich der Rektor oder die Rektorin der Hochschule für Politik; er oder sie kann einen Professor oder eine Professorin der Hochschule für Politik nach Abs. 1 Nr. 1 mit der Wahrnehmung seiner oder ihrer Rechte beauftragen; dem Berufungsausschuss soll mindestens ein weiteres Mitglied des Lehrkörpers der Hochschule für Politik als Professor oder Professorin sowie mit beratender Stimme ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden der Hochschule für Politik angehören.
2. Zu dem vom Berufungsausschuss beschlossenen Berufungsvorschlag und etwaigen Sondervoten nimmt auch der Senat der Hochschule für Politik Stellung.
3. Für die Berufung der Professoren und Professorinnen gilt die Verordnung über das Berufungsverfahren (BayBerufV) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
4. Art. 9 Abs. 1 Satz 1 BayHSchPG gilt sinngemäß auch für die Wahrnehmung der dort genannten Aufgaben an der Hochschule für Politik.
5. Dienstvorgesetzter oder Dienstvorgesetzte ist der Präsident oder die Präsidentin der Technischen Universität.

(4) <sup>1</sup>Die in Abs. 1 Nr. 3 genannten wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stehen in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis zur Hochschule für Politik. <sup>2</sup>Im Übrigen gelten Art. 19 bis 22 BayHSchPG sinngemäß.

(5) <sup>1</sup>Die Grundordnung bestimmt, unter welchen Voraussetzungen der Rektor oder die Rektorin anordnen kann, dass die in Abs. 1 Nr. 3 genannten wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Dienstleistungen an der Technischen Universität zu erbringen haben, insbesondere für die in Abs. 1 Nr. 1 genannten Professoren und Professorinnen. <sup>2</sup>Sie kann auch vorsehen, unter welchen Voraussetzungen sonstige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Hochschule für Politik Dienstleistungen an der Technischen Universität zu erbringen haben. <sup>3</sup>Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. <sup>4</sup>

8. Nr. 8 (Änderung des Art. 9) wird wie folgt geändert:
  - a) Im einleitenden Satz wird „Abs. 1“ gestrichen.
  - b) Es wird folgender neuer Buchst. a eingefügt:
    - „a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Art. 43 und 45“ durch die Worte „Art. 43 bis 45“ ersetzt.“
  - c) Der bisherige Buchst. a wird Buchst. b; vor „Satz 3“ im einleitenden Satz wird „Abs. 1“ eingefügt.
  - d) Der bisherige Buchst. b wird Buchst. c und wie folgt geändert:
    - aa) Im einleitenden Satz wird das Wort „Es“ durch die Worte „An Abs. 1“ ersetzt.
    - bb) Nach dem Wort „Politik“ werden ein Komma und die Worte „die auf ihren Antrag in die Promotionsliste der in Art. 2 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 bezeichneten Fakultät der Technischen Universität eingetragen werden,“ eingefügt.
  - e) Es wird folgender Buchst. d angefügt:
    - „d) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Satz 1 wird das Wort „Satzung“ durch die Worte „im Einvernehmen mit der Technischen Universität zu erlassenden Satzung der Hochschule für Politik“ ersetzt.
      - bb) Satz 4 wird gestrichen.“

9. Nr. 9 (Änderung des Art. 10) wird wie folgt geändert:
- a) Im einleitenden Satz wird „Satz 1“ gestrichen.
  - b) In Buchst. a wird „Nr. 1“ durch „Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.
  - c) In Buchst. b wird „Nr. 2“ durch „Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.
  - d) Es wird folgender Buchst. c angefügt:
    - „c) Satz 2 erhält folgende Fassung:
 

„<sup>2</sup>Für die Genehmigung von Satzungen der Hochschule für Politik gelten die Bestimmungen des BaySchG über die Genehmigung von Satzungen der Hochschulen sinngemäß mit der Maßgabe, dass der Rektor oder die Rektorin an die Stelle des Präsidenten oder der Präsidentin tritt.““
10. Nr. 10 (Änderung des Art. 10a) wird wie folgt geändert:
- a) Buchst. a wird wie folgt geändert:
    - aa) Doppelbuchst. aa erhält folgende Fassung:
      - „aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:
 

„<sup>1</sup>Der Landtag bestellt einen Beirat für die Reform der Hochschule für Politik (Reformbeirat).““
    - bb) Nach Doppelbuchst. bb wird folgender Doppelbuchst. cc angefügt:
      - „cc) Es werden folgende Sätze 4 und 5 angefügt:
 

„<sup>4</sup>Der Reformprozess ist frühestens mit der Bestellung oder Einrichtung der in Art. 3 genannten Organe der Hochschule für Politik und der Einrichtung des ersten Bachelorstudiengangs nach Art. 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 abgeschlossen.  
<sup>5</sup>Mit Ablauf des Tages, an dem der Hochschulbeirat im Einvernehmen mit dem Reformbeirat den Abschluss des Reformprozesses festgestellt hat, ist der Reformbeirat aufgelöst; zum selben Zeitpunkt entfallen seine Aufgaben und Befugnisse.““
  - b) Buchst. b erhält folgende Fassung:
    - „b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Satz 2 werden die Worte „Benehmen mit der Ludwig-
- Maximilians-Universität München“ durch die Worte „Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der Technischen Universität“ ersetzt.
- bb) Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:
 

„<sup>3</sup>Er beschließt bis zum 1. Oktober 2015 eine Grundordnung, die den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht.  
<sup>4</sup>Beschlüsse der Organe der Hochschule für Politik über die Änderung der in Satz 3 bezeichneten Grundordnung, über Satzungen gemäß Art. 9 Abs. 1 und über den Haushalts- und Stellenplan bedürfen seines Einvernehmens.““
- c) Buchst. c erhält folgende Fassung:
    - „c) An Abs. 3 wird folgender Satz 5 angefügt:
 

„<sup>5</sup>Er oder sie veranlasst gemeinsam mit der Technischen Universität eine Evaluierung des Reformprozesses und seiner Ergebnisse und berichtet dem Landtag.““
  - d) Buchst. d erhält folgende Fassung:
    - „d) Abs. 4 wird wie folgt geändert:
      - aa) Satz 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:
 

„4. unterbreitet Vorschläge für Satzungen zur Änderung der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung und für Satzungen, deren Erlass für die Anpassung der Satzungen der Hochschule für Politik an dieses Gesetz und für die Umsetzung der in Abs. 3 Satz 2 bezeichneten Grundsätze erforderlich ist,“
      - bb) In Satz 2 werden die Worte „und über die Erteilung von Lehraufträgen“ gestrichen.“
  - e) Buchst. e wird wie folgt geändert:
    - aa) Doppelbuchst. aa erhält folgende Fassung:
      - „aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:
 

„<sup>1</sup>Der Reformrektor oder die Reformrektorin wird für eine Amtszeit von bis zu sechs Jahren bestellt; Satz 7 bleibt unberührt.““

- bb) In Doppelbuchst. bb wird nach dem Wort „Benehmen“ das Wort „mit“ eingefügt.
- cc) Es wird folgender Doppelbuchst. cc angefügt:  
 „cc) Es werden folgende Sätze 6 bis 8 angefügt:  
 „<sup>6</sup>Satz 2 findet keine Anwendung, wenn der hauptberuflich tätige Dekan oder die hauptberuflich tätige Dekanin der in Art. 2 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 bezeichneten Fakultät zum Reformrektor oder zur Reformrektorin bestellt wird; in diesem Fall nimmt er oder sie die Aufgaben des Reformrektors oder der Reformrektorin als Teil der Dienstaufgaben wahr, die ihm oder ihr als Dekan oder Dekanin obliegen. <sup>7</sup>Die Amtszeit des Reformrektors oder der Reformrektorin endet zu dem in Abs. 1 Satz 5 bezeichneten Zeitpunkt; zum selben Zeitpunkt entfallen seine oder ihre Aufgaben und Befugnisse. <sup>8</sup>Aus wichtigem Grund kann der Reformbeirat einen kommissarischen Reformrektor oder eine kommissarische Reformrektorin bestellen.““
- f) Buchst. f erhält folgende Fassung:  
 „f) Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
 „<sup>2</sup>Bis zum Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung gilt die bisherige Grundordnung fort, soweit sich aus den Bestimmungen der Abs. 1 bis 5 sowie 7 bis 10 nichts anderes ergibt.““
- g) Es wird folgender neuer Buchst. g eingefügt:  
 „g) Abs. 7 erhält folgende Fassung:  
 „(7) Ein Rektor oder eine Rektorin nach diesem Gesetz ist erstmals für die Amtszeit zu wählen, die sich an die Amtszeit des Reformrektors oder der Reformrektorin nach Abs. 5 anschließt.““
- h) Der bisherige Buchst. g wird Buchst. h und erhält folgende Fassung:  
 „h) Abs. 8 erhält folgende Fassung:  
 „(8) <sup>1</sup>Die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Senat sind erstmals für die Amtszeit anzuwenden,
- die mit dem Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung beginnt. <sup>2</sup>Bis zu diesem Zeitpunkt besteht der bisherige Senat mit der Maßgabe fort, dass die Amtszeit der vier Professoren oder Professorinnen, die vom Senat der Ludwig-Maximilians-Universität München (Universität München) als Mitglieder des Senats der Hochschule für Politik benannt wurden, am 1. Dezember 2014 endet und dass an die Stelle dieser Professoren und Professorinnen eine gleich große Anzahl von Professoren oder Professorinnen der Technischen Universität tritt, die von deren Präsidenten oder Präsidentin zu benennen sind; der Dekan oder die Dekanin der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München oder eine von ihm oder ihr benannte Person kann zu Sitzungen, die den Diplomstudiengang Politische Wissenschaft zum Gegenstand haben, mit beratender Stimme hinzugezogen werden. <sup>3</sup>Mit dem Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung ist der bisherige Senat aufgelöst.““
- i) Es werden folgender neuer Buchst. i und folgender Buchst. j eingefügt:  
 „i) Abs. 9 erhält folgende Fassung:  
 „(9) <sup>1</sup>Ein Hochschulbeirat ist erstmals für die Amtszeit zu bilden, die mit dem Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung beginnt; bis zum erstmaligen Zusammentreten des Hochschulbeirats, jedoch längstens bis zum 1. März 2015, nimmt der Reformbeirat dessen Aufgaben und Befugnisse wahr. <sup>2</sup>Mit dem Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung ist das Kuratorium aufgelöst.“
- j) Abs. 10 wird wie folgt geändert:  
 Satz 1 wird gestrichen; der bisherige Satz 2 wird einziger Satz und erhält folgende Fassung:  
 „Bis zum Inkrafttreten der in Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Grundordnung finden auf den Verwaltungsdirektor oder die Verwaltungsdirektorin die bisherigen Bestimmungen über den Syndikus sinngemäß Anwendung, soweit sie diesem Gesetz nicht widersprechen.““

- j) Der bisherige Buchst. h wird Buchst. k; Doppelbuchst. bb erhält folgende Fassung:

„bb) Der bisherige Satz 3 wird durch die folgenden Sätze 3 und 4 ersetzt:

„<sup>3</sup>Für die in Satz 2 genannten Studierenden gelten die bisherige Prüfungsordnung und die bisherige Studienordnung einschließlich der Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Universität München fort; im Diplomstudiengang Politische Wissenschaft können Lehrbeauftragte weiterhin auch zur Sicherstellung des Lehrangebots bestellt werden.

<sup>4</sup>Zu den Einrichtungen und sonstigen Angeboten der Universität München einschließlich der nicht fachbezogenen Studienangebote und zu den Angeboten der Virtuellen Hochschule Bayern haben die in Satz 2 genannten Studierenden der Hochschule für Politik weiterhin unter denselben Voraussetzungen Zugang wie die Studierenden der Universität München.““

- k) Der bisherige Buchst. i wird Buchst. l und erhält folgende Fassung:

„l) Es wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) <sup>1</sup>Den bis zum 1. Dezember 2014 nach der bisherigen Promotionsordnung aufgenommenen Doktoranden und Doktorandinnen ist zu ermöglichen, ihre Promotion bis spätestens 30. September 2020 auf der Grundlage dieser Promotionsordnung abzuschließen. <sup>2</sup>Für die in Satz 1 genannten Doktoranden und Doktorandinnen gilt die bisherige Promotionsordnung einschließlich der Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Universität München mit der Maßgabe fort, dass die im Rahmen des Promotionsstudiums zu erwerbenden Hauptseminarscheine durch gleichwertige andere Leistungsnachweise ersetzt werden können.““

11. Nr. 11 erhält folgende Fassung:

„11. Art. 11 Sätze 2 bis 4 werden durch folgenden Satz 2 ersetzt:

„<sup>2</sup>Die Bestimmungen des Art. 10a treten zu folgenden Zeitpunkten außer Kraft:

1. Abs. 6 bis 10 am 1. Januar 2018,
2. Abs. 11 am 1. Januar 2020,
3. Abs. 1 bis 5 am 1. Oktober 2020,
4. Abs. 12 am 1. Januar 2021.““

Berichterstatter:

**Oliver Jörg**

Mitberichterstatterin:

**Isabell Zacharias**

## II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 19. Sitzung am 22. Oktober 2014 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 6. November 2014 endberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt

**Prof. Dr. Michael Piazolo**

Vorsitzender